



Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB)

Demokratie, Gaza, Landwirtschaft: Drei Wellen der Protestmobilisierung 2024/25

Greta Frederike Groß, Naama Lutz, Swen Hutter

Phänomenmonitoring

Zusammenfassung

Dieses Kapitel beschreibt die Protestlandschaft in Deutschland von 2024 bis Mitte 2025 – eine Phase kurzer, aber außergewöhnlich intensiver Mobilisierungswellen. Auf Basis einer systematischen Protestereignisanalyse, ergänzt um eine Sentiment-Analyse der Medienberichterstattung und qualitative Auswertungen von Sekundärquellen, betten wir das aktuelle Protestgeschehen in die langfristige Entwicklung seit 1950 ein und analysieren drei zentrale Protestwellen: die pro-demokratische und Anti-AfD-Mobilisierung („Demos gegen rechts“), die Proteste im Zusammenhang mit dem Krieg in Gaza sowie die Landwirtschafts-Proteste.

Unsere Ergebnisse zeigen, dass sich ein Großteil der Mobilisierung auf wenige Spitzen konzentrierte: Anfang 2024 und im Februar 2025 entfallen der überwiegende Teil der Teilnehmenden und ein erheblicher Anteil der Protestereignisse. Außerhalb dieser Hochphasen der Mobilisierung blieb das Protestniveau vergleichsweise niedrig. Das Geschehen wurde von sehr großen, überwiegend friedlichen Demonstrationen dominiert, während gewalttätige oder konfrontative Aktionen seltener waren als im Jahr 2023 und unter dem langfristigen Durchschnitt seit 1990 liegen.

Themenbezogen verschob sich der Fokus deutlich weg von Klima- und pandemiebezogenen Protesten. Demokratie-Proteste formierten breite, parteiübergreifende Bündnisse, Gaza-Proteste mobilisierten Diaspora-Gemeinschaften, Studierende und einige islamistisch orientierte Gruppen in einem stark polarisierten Umfeld, und die Landwirtschafts-Proteste artikulierten Konflikte um Subventionen, Regulierung und den Lebensunterhalt im ländlichen Raum. Die Zahl der Demonstrationen zu Umweltfragen sank um rund 70 % in den Jahren 2024–2025 im Vergleich zu 2022–2023, wobei der Rückgang bei den Teilnehmerzahlen noch deutlicher ausfiel.

Drei Hauptstränge prägten die Protestlandschaft: Erstens bildeten Demokratie-Proteste breite, parteiübergreifende Koalitionen in Westdeutschland, während die Mobilisierung im Osten fragmentierter, aber symbolisch besonders bedeutsam war. Zweitens

mobilitierten Proteste im Zusammenhang mit Gaza unter anderem Diaspora-Gemeinschaften, studentische Aktivist:innen und einige islamistisch orientierte Gruppen und waren eingebettet in eine stark polarisierte Stimmung zwischen pro-palästinensischen und pro-israelischen Positionen. Drittens prägten die Demonstrationen der Landwirt:innen das Protestgeschehen, wobei der Widerstand gegen Subventionskürzungen und regulatorische Belastungen im Vordergrund stand, die als Bedrohung für den Lebensunterhalt der Landbevölkerung dargestellt wurden.

Stichworte

Protest | Mobilisierung | Protestereignisanalyse |
Demokratie | Rechtsradikalismus



Politischer Kontext des Protestgeschehens

Die Protestlandschaft in Deutschland in den Jahren 2024–2025 ist Abbild des Zusammenspiels von innenpolitischen Krisen und internationalen Konflikten, die zu unterschiedlichen, aber miteinander verbundenen Wellen der Massenmobilisierung führten.

Unmittelbarer Auslöser für die verschärften politischen Spannungen war das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 15. November 2023, in dem die Umverteilung von 60 Milliarden Euro an nicht verwendeten COVID-19-Mitteln für verfassungswidrig erklärt wurde (Bundesverfassungsgericht, 2023). Das Urteil erzwang Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung, die nicht nur die staatlichen Ressourcen einschränkten, sondern auch die bestehenden Konflikte innerhalb der „Ampel“-Koalition (SPD, Grüne, FDP) über grundlegende politische Prioritäten wie Klimapolitik und Migrationsmanagement verschärften. Das daraus resultierende Haushaltsloch von 17 Milliarden Euro führte zu einer Reihe von politischen Anpassungen, die später eine der bedeutendsten Wellen landwirtschaftlicher Proteste in der deutschen Geschichte auslösten.

Die Verfassungskrise entwickelte sich vor dem Hintergrund der Landtagswahlen 2024 in Sachsen, Thüringen und Brandenburg, bei denen die Alternative für Deutschland (AfD) beispiellose Wahlergebnisse erzielte und damit die politischen Möglichkeiten sowohl für etablierte als auch für radikale politische Akteur:innen grundlegend veränderte (tagesschau.de, 2024). Diese regionalen Siege schufen eine Dynamik, die in der vorgezogenen Bundestagswahl am 23. Februar 2025 gipfelte, bei der die CDU/CSU die Mehrheit der Wähler:innen gewann, während die AfD ihre Position als zweitstärkste Partei festigte und die SPD auf einen historischen Tiefstand fiel (Die Bundeswahlleiterin, 2025).

Gleichzeitig wurde die Agrarpolitik der Europäischen Union (EU) durch das „Vereinfachungspaket“ 2024 erheblich neu ausgerichtet, wodurch bestimmte Anforderungen an den *guten landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand* (GLÖZ) gelockert und Anreize für nachhaltige Programme im Rahmen der *Gemeinsamen Agrarpolitik* (GAP) angepasst wurden (Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, 2023; European Commission, 2024; Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat,

2024). Diese politischen Anpassungen sollten zwar den Verwaltungsaufwand verringern, veränderten jedoch die Compliance-Kosten und Einkommenserwartungen für deutsche Landwirt:innen in einer Weise, die mit den innenpolitischen Haushaltszwängen kollidierte. Das Zusammenspiel zwischen den politischen Veränderungen auf EU-Ebene und den etablierten korporatistischen Traditionen Deutschlands in der Agrarpolitik führte zu einem Muster aus Verhandlungslösungen durch etablierte Verbände und konfrontativen Taktiken durch neu entstehende Protestkoalitionen.

Drei große internationale Krisen prägten zudem die Mobilisierungsmuster und Protestdynamiken während des Beobachtungszeitraums. Erstens schürte der Krieg in der Ukraine, nun bereits im vierten Jahr in Folge, weiterhin Debatten der politischen Elite, aber auch innerhalb der Bevölkerung, über die Verpflichtungen der NATO, Verteidigungsausgaben und Waffenlieferungen. Gleichzeitig verstärkte er das „Zeitenwende“-Narrativ und rief kleinere, aber anhaltende Mobilisierungen der Friedensbewegung hervor. Zweitens führte der Krieg zwischen Israel und der Hamas, ausgelöst durch den Terrorangriff vom 7. Oktober 2023, zu einer strukturellen Polarisierung der Protestbewegung, welche pro-palästinensische Solidaritätsdemonstrationen, pro-israelische Gegendemonstrationen, Besetzungen von Universitätsgeländen und kommunale Konflikte um Versammlungsrechte umfasste. Dabei kollidierten Antisemitismusvorwürfe direkt mit Forderungen nach freier Meinungsäußerung und stellten dadurch die etablierten Rahmenbedingungen für den Umgang mit kontroversen politischen Themen infrage. Drittens führte der Wahlsieg von Donald Trump im November 2024 zu neuen Unsicherheiten in den transatlantischen Beziehungen. Im deutschen politischen Diskurs wurden dadurch sowohl demokratieverteidigende Narrative unter etablierten politischen Akteur:innen als auch eine Rhetorik der nationalen Souveränität unter den Herausforderungsbewegungen verstärkt.

Methoden und Daten

Wie die vorherigen Berichte des ProtestMonitorings am WZB, stützen wir dieses Kapitel insbesondere auf eine Protestereignisanalyse – eine etablierte Methode in der Protest- und sozialen Bewegungsforschung, um Protestereignisse über Zeit, Raum und Themen hinweg systematisch zu dokumentieren und zu vergleichen (Hutter, 2014; Koopmans & Rucht, 2002). Die Protestereignisanalyse erlaubt, die Dynamik von Protesten und potenzielle Radikalisierungsmuster sowohl in geografischer und zeitlicher Breite als auch in thematischer Tiefe zu erfassen, und liefert quantitative Grundlagen für das Verständnis von Mobilisierungsmustern. Unsere Datenerhebung basiert auf der systematischen Dokumentation von Protestaktivitäten in Deutschland, basierend auf der Berichterstattung in der *Süddeutschen Zeitung* (SZ), einer der größten deutschen, überregionalen Tageszeitungen.¹ Für diesen Bericht analysieren wir Protestereignisse von 1950 bis Mitte 2025, mit einem Fokus auf der aktuellen Protestdynamik zwischen Januar 2024 und Juni 2025. Zur Validierung haben wir die Ergebnisse basierend auf den Daten der SZ auch mit weiteren, noch nicht final bereinigten Daten aus der *taz* verglichen.

Die Auswahl der Ereignisse erfolgt nach festgelegten PEA-Protokollen. So konzeptualisieren wir Proteste beispielsweise als kollektive Aktionen nichtstaatlicher Akteur:innen, die neben gesellschaftspolitischen Zielen auch Dissens zum Ausdruck bringen (Koopmans & Rucht, 2002). Diese Definition umfasst ein breites Spektrum kontroverser Aktivitäten und gewährleistet somit einen systematischen Vergleich verschiedener Bewegungen und Zeiträume. Jedes identifizierte Protestereignis wird anhand mehrerer Variablen codiert, darunter zeitlicher und räumlicher Ort, beteiligte Akteur:innen, Adressat:innen, Protestformen, Forderungen und geschätzte Teilnehmer:innenzahlen. Durch Verfahren der De-Duplizierung wird sichergestellt, dass Ereignisse, über die in mehreren Artikeln berichtet wurde, nur einmal erfasst wurden.

1 Unter Berücksichtigung der selektiven Natur medienbasierter Protestdokumentation (Earl et al., 2004; Ortiz et al., 2005) zeigen vergleichende Untersuchungen, dass nationale Tageszeitungen insgesamt zuverlässige Informationen für die Analyse von Protestdynamiken liefern, insbesondere wenn sich auf große Mobilisierungswellen statt auf einzelne Ereignisse konzentriert wird. Der Datenerfassungsprozess umfasste die Codierung aller Artikel, die während des Beobachtungszeitraums in der *Süddeutschen Zeitung* veröffentlicht wurden, wobei eine automatisierte Vorauswahl vorgenommen wurde, um Artikel mit protestrelevantem Inhalt zu identifizieren. Nach der Vorauswahl führten geschulte Codierer:innen eine manuelle Codierung der identifizierten Artikel durch, um detaillierte Informationen zu Protestereignissen zu extrahieren.

Da wir uns auch für die emotionale Einbettung von Protest interessieren, haben wir in diesem Bericht zum ersten Mal die Protestereignisanalyse auch um eine Sentiment-Analyse ergänzt. Diese Art der automatisierten quantitativen Inhaltsanalyse gibt in unserem konkreten Anwendungsfall darüber Aufschluss, ob die mediale Berichterstattung über bestimmte Protestereignisse in einem positiven oder negativen Ton verfasst ist. Dabei haben wir ein Transformer-Modell zur automatisierten Textanalyse genutzt, um das Sentiment der Beschreibungen der Protestereignisse innerhalb der SZ-Zeitungsartikel als positiv oder negativ zu klassifizieren (Widmann & Wich, 2022).

Die quantitative Analyse der Protestereignisse und ihres diskursiven Umfelds haben wir zudem durch eine systematische Auswertung von Sekundärquellen ergänzt, darunter wissenschaftliche Literatur, Strategiepapiere und Veröffentlichungen von Thinktanks, offizielle Regierungsberichte und Protokolle sowie die breitere Berichterstattung in nationalen Medien. Die Berücksichtigung mehrerer Quellen ermöglicht uns ein tieferes Verständnis des Kontextes der Protestdynamik, der Motivationen der Protestierenden und der gesellschaftlichen Auswirkungen der drei zentralen Protestdynamiken um Fragen der Demokratie, des Kriegs in Gaza sowie um die Landwirtschaftspolitik.

Das Protestgeschehen 2024 und 2025: Eine quantitative Einordnung

*Die Entwicklung des Protestaufkommens:
Starke, aber punktuelle Mobilisierung*

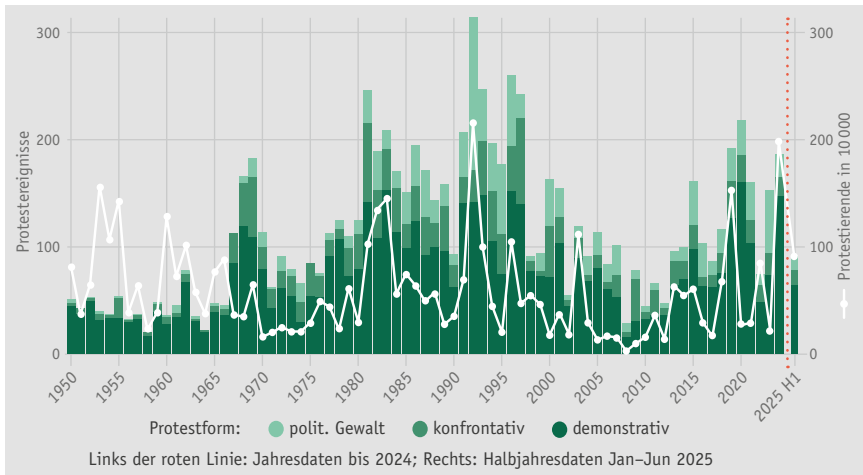


Abbildung 1: Dynamik des Protestgeschehens in der Bundesrepublik Deutschland von 1950 bis 2025

Anmerkung: Die Balken visualisieren die Anzahl der absoluten Protestereignisse pro Jahr (linke y-Achse) und die verbundenen Punkte spiegeln die Anzahl der Protestierenden in 10 000 wider (rechte y-Achse). Die Abbildung illustriert für 2024 ein deutliches Protesthoch mit der höchsten Anzahl an gezählten Protestierenden seit 1991. Auch das erste Halbjahr 2025 lässt eine Mobilisierungsspitze in Teilnehmendenzahlen erkennen.

Quelle: Süddeutsche Zeitung

Die Jahre 2024–2025 stellen eine Phase außergewöhnlicher Mobilisierung in der deutschen Protestlandschaft dar, die sowohl durch eine beispiellose Beteiligung als auch durch erhebliche Verschiebungen im thematischen Fokus im Vergleich zu den Vorjahren gekennzeichnet ist. Die Beteiligung an Protesten erreichte in der ersten Hälfte des Jahres 2024 ein Niveau, das seit den großen Mobilisierungszyklen der 1990er-Jahre nicht mehr erreicht wurde. Die Außergewöhnlichkeit der Mobilisierung in den Jahren 2024–2025 wird deutlich, wenn man sie mit der vom PRODAT-Projekt erstellten Basislinie vergleicht, die deutsche Protestaktivitäten von 1950 bis 2000 dokumentierte, sowie mit den nachfolgenden MOTRA-Beobachtungsdaten

(siehe Abbildung 1). Wie die weiße Linie in Abbildung 1 verdeutlicht, lagen die absoluten Zahlen der Protestereignisse und Protestierenden im Jahr 2024 deutlich über denen der 2000er-Jahre, wobei allein im ersten Quartal 2024 mehr Protestierende zu verzeichnen waren als in den meisten vollständigen Kalenderjahren des vorangegangenen Jahrzehnts. Der Datenpunkt in Abbildung 1 für 2025 verdeutlicht, dass dieses Muster fortlaufend ist: Schon in den ersten sechs Monaten des Jahres 2025 haben so viele Menschen protestiert wie in manchen anderen Jahren insgesamt.

Bei einer genaueren Untersuchung der zeitlichen Verteilung der Proteste innerhalb der Jahre 2024 und 2025 zeigen sich stark geballte Mobilisierungszeitpunkte, die herkömmliche Annahmen über den Aufbau nachhaltiger Bewegungen infrage stellen. Dabei konzentrierten sich bedeutende Protestaktivitäten auf Schlüsselmomente, wie Wahlperioden oder politische Enthüllungen. So veranschaulichen die Daten für 2024, dass 89,9 % der Teilnehmer:innen und 43,6 % der Ereignisse allein auf den Zeitraum Januar bis Februar 2024 zurückzuführen sind. Die massenmobilisierenden Proteste in diesem Zeitraum lassen sich unter den *Demos gegen rechts* zusammenfassen, welche durch die Enthüllungen von Correcitiv über die „Remigrationspläne“ der AfD getriggert wurden. Diese Dynamiken belegen die Fähigkeit zur schnellen Massenmobilisierung, wenn bestimmte Schlüsselereignisse bestehende organisatorische Netzwerke und kulturelle Frames aktivieren. Auch im ersten Halbjahr 2025 konzentrieren sich deutlich über 70 % der Teilnehmer:innen und 45 % der Ereignisse allein auf den Februar – ein Mobilisierungshöhepunkt, der durch die Wahlen im Februar 2025 verursacht wurde. Wenn auch in der Anzahl von Protesten und Teilnehmer:innen geringer als im Januar 2024, zeigt dieses Protesthoch eine anhaltende Fähigkeit zur groß angelegten Koordination.

Gleichzeitig überschneiden sich die Ereignisse mit anhaltenden Protesten der Landwirtschaft nach Ankündigungen staatlicher Subventionen und Solidaritätsdemonstrationen im Zusammenhang mit laufenden internationalen Konflikten. Das Zusammentreffen dieser Ströme führte zu einer sich verstärkenden Dynamik, die die Gesamtbeteiligung über das Maß hinaus steigerte, das jedes einzelne Thema für sich genommen hätte erzielen können.

Diese außergewöhnlich hohe Mobilisierung rund um die Correctiv-Enthüllungen in 2024 und die Bundestagswahl 2025, die nach diesen Schlüsselereignissen allerdings wieder deutlich abflacht, lässt sich auch durch unsere Protestdaten aus der *taz* und den Tageszeitungen replizieren.

Die Entwicklung des Aktionsrepertoires

Um die Radikalisierungsdynamik im Aktionsrepertoire von Protesten zu untersuchen, verwenden wir ein dreistufiges Klassifizierungssystem, das zwischen folgenden Protestformen unterscheidet:

1. Demonstrative Proteste wie Demonstrationen, Kundgebungen und Mahnwachen;
2. Konfrontative Proteste, die Formen des zivilen Ungehorsams, Blockaden, Besetzungen und symbolische Sachbeschädigungen beinhalten,
3. Gewalttätige Protestereignisse, die physische Gewalt gegen Personen oder erhebliche Sachbeschädigungen beinhalten.

Die Analyse der Protestformkategorien zeigt zwei wichtige Entwicklungen im deutschen Protestrepertoire. Erstens verlief die überwiegende Mehrheit der Ereignisse 2024 und 2025 friedlich, und der Anteil gewalttätiger oder konfrontativer Aktionen sank im Vergleich zu 2023. Konkret dominierten die demonstrativen Proteste mit 78.7 % im Jahr 2024 und 69.6 % im Jahr 2025 und auch die gewalttätigen Ereignisse mit 11.7 % in 2024 und 14.7 % in 2025 blieben deutlich unter dem historischen Durchschnitt seit 1991 (19.9 %). Dies deutet darauf hin, dass die wichtigsten Ereignisse – insbesondere die *Demos gegen rechts* – weitgehend demonstrativ und nicht konfrontativ waren und nicht zu gewalttätigen Ausschreitungen führten.

Die zweite Entwicklung, die im Vergleich von 2024 zu 2025 erkennbar wird, deutet auf eine leichte Abschwächung dieses positiven Trends hin. Wenn auch unter dem historischen Durchschnitt, belegen obige Zahlen (11.7 % in 2024 zu 14.7 % in 2025) eine Zunahme gewalttätiger Proteste in unserem Untersuchungszeitraum. Darüber hinaus lässt sich ein deutlicher Anstieg konfrontativer Proteste von 9.6 % auf 15.7 % zwischen 2024 und 2025 beobachten. Diese zweite Entwicklung signalisiert, dass mit dem Anstieg anderer Protestthemen und -bewegungen auch der Anteil gewalttätiger Ereignisse und konfrontativer Proteste stieg. Eine mögliche Erklärung

hierfür ist eine zunehmende Ungeduld gegenüber herkömmlichen politischen Kanälen, verbunden mit einer höheren Bereitschaft zum Einsatz disruptiver Taktiken.

Die Entwicklung der Protestthemen: Weg von Klima und Pandemie, hin zu Demokratie und internationalen Konflikten

Wie Abbildung 2 verdeutlicht, hat sich die thematische Zusammensetzung der deutschen Proteste zwischen den Zeiträumen 2022–2023 und 2024–2025 stark verändert, was sowohl die Lösung früherer Krisennarrative als auch das Aufkommen neuer Themen widerspiegelt. Während pandemiebezogene Proteste die Protestlandschaft zwischen 2020 und 2022 dominierten und auch zwischen 2022 und 2023 noch 90 Protestereignisse in der SZ mit Pandemiebezug verzeichnet worden sind, gingen Protestereignisse mit Pandemiebezug zwischen 2024 und 2025 auf lediglich noch zwei erfasste Ereignisse zurück. Dieses fast vollständige Verschwinden der pandemiebezogenen Proteste zeigt, wie schnell eine Demobilisierung erfolgen kann, wenn sich die sie auslösenden Bedingungen ändern oder institutionelle Maßnahmen die Kernprobleme angehen.

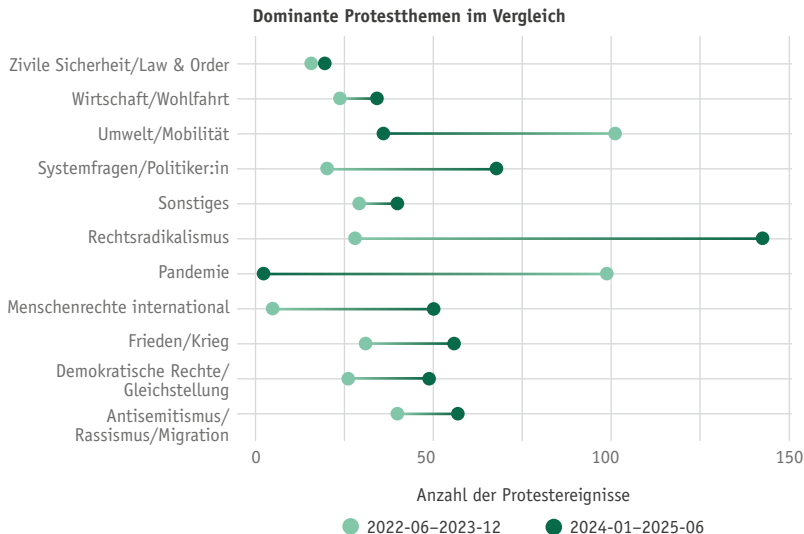


Abbildung 2: Protestereignisse und -themen in den Jahren 2022/23 und 2024/25 im Vergleich

Anmerkung: Absolute Zahlen. Ein Protestereignis wurde einem Hauptthema zugeteilt.

Quelle: Süddeutsche Zeitung

Die bedeutendste Veränderung im Beobachtungszeitraum war allerdings das massive Aufkommen von Protesten gegen *Rechtsradikalismus*, wobei wir alleine in der SZ zwischen 2024 und 2025 116 Protestereignisse gegen Rechtsradikalismus erfasst haben. Relativ haben die Proteste gegen Rechtsextremismus und für demokratische Rechte im Jahr 2024 über 25 % aller Protestereignisse unseres Datensatzes ausgemacht, wobei dies im ersten Halbjahr 2025 auf nur noch knapp 9 % sank. Im selben Zeitraum wurde lediglich von 27 Pro-Rechts-Protesten berichtet – dies entspricht weniger als 5 % aller Protestereignisse. Wie Abbildung 2 zeigt, bilden die Proteste gegen Rechtsextremismus sowie jene, die rechtsextreme Anliegen unterstützen, zusammengekommen das dominierende Protestthema des Untersuchungszeitraums.

Die besondere Prävalenz der Mobilisierung gegen rechts im Vergleich zu pro-rechten Veranstaltungen stellt eine Umkehrung des Musters in 2022–2023 dar, als rechte Akteur:innen stärker in Protestaktivitäten vertreten waren als ihre Gegendemonstrant:innen (16 Anti-Rechts- versus zwölf Pro-Rechts-Proteste). Diese Veränderung spiegelt sowohl den Erfolg der demokratischen Mobilisierung gegen den Vormarsch der extremen Rechten als auch die sich wandelnde politische Opportunitätsstruktur nach den Wahlerfolgen der AfD wider.

Die dritte Zeile in Abbildung 2 demonstriert, dass Umwelt- und Mobilitätsproteste von 2022–2023 (101 Ereignisse) auf nur noch 36 Proteste im Zeitraum 2024–2025 deutlich abnahmen. Dieser drastische Rückgang gegenüber den Vorjahren könnte auf krisenbedingte Mobilisierungen und Konkurrenz der Aufmerksamkeit für andere Themen hindeuten. Gleichwohl haben Umwelt- und Mobilitätsproteste knapp 7 % aller Protestereignisse im Beobachtungszeitraum 2024/2025 ausgemacht, was auf ein anhaltendes Interesse an Klimafragen hindeutet.

Der starke Anstieg internationaler Menschenrechtsproteste von fünf auf 50 Proteste sowie die erhebliche Zunahme der friedens-/kriegsbezogenen Aktivitäten von 31 auf 56 Proteste spiegeln die Internationalisierung der deutschen Protestpolitik durch Solidaritätsbekundungen mit Gaza und

Mobilisierungen im Zusammenhang mit der Ukraine wider (siehe vierte und dritte Zeile von unten, Abbildung 2). Proteste im Zusammenhang mit Palästina und Gaza machten 2024 über 17 % aller dokumentierten Ereignisse aus. Dieser Trend deutet auf ein wachsendes transnationales Bewusstsein unter deutschen Aktivist:innen und die innenpolitische Bedeutung internationaler Konflikte hin. Des Weiteren berichtete die SZ in den letzten eineinhalb Jahren von einem beachtenswerten Anstieg antisemitismusbezogener Proteste, mit einer Verschiebung hin zu mehr explizit als antisemitisch beschriebenen Protestereignissen als solchen, die explizit das Gegenteil forderten (34 gegenüber 23 Protesten mit negativer gegenüber positiver Themenausrichtung). Diese Protestbeschreibungen stellen wachsende Spannungen innerhalb der deutschen Gesellschaft hinsichtlich der Sicherheit der jüdischen Gemeinschaft und der innenpolitischen Auswirkungen der Konflikte im Nahen Osten dar. Auch Proteste zum Thema Landwirtschaft, welche in der Grafik unter anderem unter den Überthemen „Wirtschaft“ und „Systemfragen/Politiker:in“ zusammengefasst sind, sind in unserem Beobachtungszeitraum deutlich angestiegen (siehe zweite und vierte Zeile, Abbildung 2). Alleine die systemkritischen Proteste (Systemfragen/Politiker:in) nahmen seit 2023 erheblich zu, von 20 auf 68 Ereignisse. Dieser Anstieg wurde maßgeblich durch die Landwirtschafts-Proteste bedingt, deutet aber auch auf eine allgemeine wachsende Unzufriedenheit mit den Institutionen hin, die über spezifische politische Meinungsverschiedenheiten hinausgeht und sich auf grundlegende Fragen zur Wirksamkeit der demokratischen Regierungsführung erstreckt. Bei einer genaueren Betrachtung der sogenannten *Bauernproteste* zeigt sich, dass diese 2024 über 10 % des gesamten Protestgeschehens ausgemacht haben, wohingegen sie im ersten Halbjahr 2025 auf unter 3 % gesunken sind.

Über die eingehend untersuchten großen Protestwellen hinaus erhielten auch andere, übergreifende Themen aufgrund ihres Mobilisierungspotenzials Beachtung. So blieben Proteste im Bereich der zivilen Sicherheit und der öffentlichen Ordnung konstant präsent, verzeichneten jedoch nur ein begrenztes Wachstum und behielten ihre überwiegend kritische Ausrichtung gegenüber der bestehenden Politik bei. Dieses Muster deutet auf anhaltende Bedenken hinsichtlich der Leistungsfähigkeit des Staates und der Gewährleistung der Sicherheit hin, ohne dass es zu einer Massenmobilisierung kommt, die mit anderen Themenbereichen vergleichbar wäre.

Wie wird über die Proteste berichtet? Die Ergebnisse der Sentiment-Analyse

Diese unterschiedlichen Protestbewegungen stoßen auf unterschiedlich positive oder negative Zustimmung. Da unsere Protestereignisanalyse auf der Extraktion der Protestereignisse aus der SZ beruht, enthalten unsere Daten auch Informationen darüber, *wie* und nicht nur *ob* über Proteste berichtet wird. Dabei werden die Beschreibungen der Protestereignisse mit einem transformerbasierten Sprachmodell (Widmann & Wich, 2022) automatisch klassifiziert und mit einem sogenannten transformerbasierten Zero-shot-Modell validiert (Laurer et al., 2023). Die Datengrundlage der Sentiment-Analyse besteht aus allen Protestereignissen aus dem Zeitraum Januar 2000 bis Juni 2025. Der Grund, weshalb wir das Sentiment nicht mit den Daten von 1950–1999 analysieren können, ist, dass wir für diesen Zeitraum nur die codierten Ereignisse, aber keine Textdaten zur Verfügung haben.

Der Output des Modells sind numerische Werte für die einzelnen Input-Sätze (jene, in denen die Protestereignisse beschrieben wurden). Diese Werte können zwischen 0 und 1 liegen und ähnlich wie Wahrscheinlichkeiten interpretiert werden. Um eine einfachere Interpretation zu ermöglichen, haben wir – den Empfehlungen der Autoren des Sprachmodells folgend – einen Grenzwert von ± 0.65 eingeführt: Die Sätze, die einen Wert von größer als 0.65 aufweisen und als sehr wahrscheinlich positiv klassifiziert wurden, labeln wir als positiv, wohingegen Outputs, die den Grenzwert nicht überschreiten, als neutral gelabelt werden. Dasselbe funktioniert umgekehrt in die negative Richtung. Wenn ein Satz nun also mit „positivem Sentiment“ beschrieben wird, enthält er mit einer Wahrscheinlichkeit von mindestens 65 % Wörter oder Aussagen mit positiver Konnotation.

Dadurch, dass unsere Input-Daten für das Modell nur die Sätze sind, in denen die Protestereignisse konkret beschrieben wurden (im Vergleich zu ganzen Artikeln), versuchen wir, explizit das Sentiment zu erfassen, das direkt mit dem jeweiligen Protestereignis assoziiert ist. Trotzdem ist wichtig zu erwähnen, dass wir damit nur grobe Trends nachzeichnen können und wir nicht kontrollieren, ob sich die positive oder negative Konnotation auf die Protestbewegung, den Kontext, die Protestierenden, die Forderungen oder gegebenenfalls sogar Umgang der Polizei, Gegenforderungen et cetera bezieht.

Abbildung 3 zeigt das durchschnittliche positive und negative Sentiment aller Protestereignisse nach Protestform. Es zeichnet sich ein klarer Unterschied zwischen den Protestformen ab: Je disruptiver die Protestform, desto negativer die Berichterstattung über dieses Protestereignis. Wohingegen über die demonstrativen Protestereignisse nur zu einer Wahrscheinlichkeit von knapp 6 % klar negativ berichtet wird, steigt diese Wahrscheinlichkeit auf 10 % für die konfrontativen Ereignisse und über 15 % für jene Ereignisse an, die politische Gewalt enthielten. Diese Unterscheidung scheint intuitiv und lässt sich außerdem als Validierung unserer Sentiment-Messung einordnen. Interessanterweise spiegelt sich dieses Muster nicht für das positive Sentiment. Der Anteil der als klar „positiv“ gelabelten Sätze übersteigt in keiner der drei Protestformen 1 %. Wohingegen unterschiedlich disruptive Protestformen also als unterschiedlich negativ in der *Süddeutschen Zeitung* beschrieben werden, scheint über Protestereignisse fast nie positiv berichtet worden zu sein – über alle Protestformen hinweg.

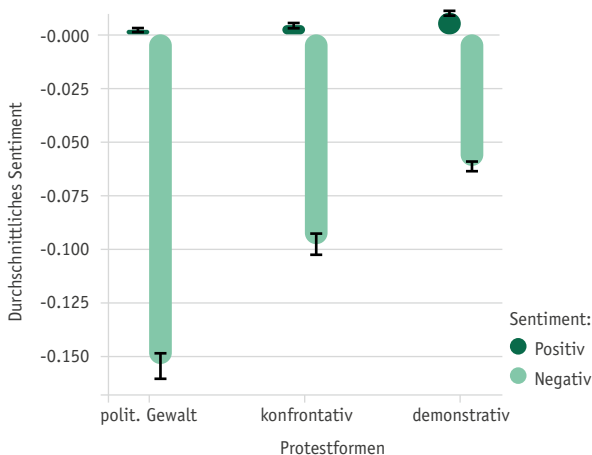


Abbildung 3: Durchschnittliches Sentiment nach Protestform

Anmerkung: Korrigierte Sentiment-Werte anhand des ± 0.65 -Grenzwerts. Die y-Achse zeigt den prozentualen Anteil an Sätzen, die klar als positiv oder negativ klassifiziert werden konnten. Die Abbildung illustriert eine generell negativ geprägte Berichterstattung in Bezug auf Protestereignisse, die noch extremer ausfällt je disruptiver die Protestform.

Für eine genauere Analyse der Berichterstattung über die drei dominanten Protestwellen der letzten eineinhalb Jahre – die Demokratieproteste, die pro-palästinensischen Proteste und die Landwirtschafts-Proteste, haben wir das Sentiment dieser Protesterzählungen für die Jahre 2024 und 2025 analysiert. Durch das Filtern der Daten nach Protestbewegung und Zeitraum reduzierte sich die Anzahl an Protestberichterstattungen in unserer Stichprobe deutlich (und damit erhöhte sich die Ungenauigkeit der Untersuchung). Um dieser Ungenauigkeit entgegenzuwirken, sind die Outputs der Sentiment-Analyse in dem nächsten Schritt unbereinigt und können Werte zwischen 0 und 1 annehmen.

Auch hier zeigen die Ergebnisse ein ähnliches Muster: Die Berichterstattung über die verschiedenen Protestbewegungen unterscheidet sich leicht in ihrem positiven Sentiment und deutlich in ihrer Negativität. So wurde von den pro-palästinensischen Protesten am wenigsten positiv berichtet, gefolgt von den Landwirtschafts-Protesten und schließlich den pro-demokratischen Protesten, die am stärksten positiv konnotiert waren. Auch hier sind die Unterschiede im negativen Sentiment deutlich ausgeprägter. Während über die pro-palästinensischen und Landwirtschafts-Proteste ähnlich negativ berichtet wird (zu 15 beziehungsweise 16 % werden die Sätze als negativ klassifiziert), sind die pro-demokratischen Proteste mit geringerer Wahrscheinlichkeit negativ konnotiert (nur rund 7%). Die Wahrscheinlichkeit, dass die Berichterstattung als positiv eingeordnet wird, liegt bei allen drei Protestbewegungen bei unter 3 % und ist mit knapp 2.5 % bei den Demokratieprotesten am höchsten im Vergleich zu den anderen beiden Mobilisierungen, aber auch im gesamten Vergleich zu allen anderen Protestbewegungen im Untersuchungszeitraum.

Dieser Befund, wie auch die anderen Resultate unserer Sentiment-Analyse, könnten durch die konfrontativen/gewaltförmigen Protestaktionen der verschiedenen Mobilisierungen bedingt sein. Außerdem variieren die Protestbewegungen in der Anzahl ihrer Unterstützer:innen – und damit auch der Sympathisant:innen in der Leserschaft der SZ, worauf die Berichterstattung reagieren könnte. Nicht zuletzt deuten die Ergebnisse aber auch auf eine ungleiche Bewertung der Proteste in der öffentlichen Wahrnehmung, und ganz spezifisch in den Redaktionen großer Zeitungen und anderer Medienorganisationen, hin.

Vignetten zu den zentralen Protestwellen 2024–2025

Die quantitative Analyse der Protestereignisse wird im Folgenden durch eine systematische Auswertung von Sekundärquellen ergänzt. Diese umfassen wissenschaftliche Literatur, Strategiepapiere und Veröffentlichungen von Thinktanks, offizielle Regierungsberichte und Protokolle sowie die Berichterstattung in nationalen Medien. Im ersten Analyseschritt haben wir zentrale Ereignisse, Akteur:innen und Narrative identifiziert, die in mehreren Quellen übereinstimmend dokumentiert wurden. Anschließend haben wir wissenschaftliche Studien herangezogen, um die demografische Zusammensetzung, Motivationen und organisatorischen Strukturen der Proteste zu rekonstruieren. Schließlich haben wir offizielle Berichte und Medienanalysen ausgewertet, um die gesellschaftlichen Auswirkungen und diskursiven Dynamiken zu erfassen. Wo wissenschaftliche Studien vorliegen, priorisieren wir diese gegenüber Medienberichten; Medienquellen nutzen wir primär zur Dokumentation spezifischer Ereignisse und zur Illustration öffentlicher Diskurse.

Jede Vignette folgt derselben analytischen Struktur: Zunächst wird der politische Kontext dargestellt, gefolgt von einer Chronologie der bedeutendsten Ereignisse. Darauf folgt eine Analyse der Narrative und Framing-Prozesse, wobei diagnostische Frames die Definition des Problems durch die Protestierenden beschreiben (zum Beispiel „Die AfD bedroht die Demokratie“) und prognostische Frames die vorgeschlagenen Lösungsansätze darstellen (zum Beispiel „Wir müssen auf die Straße gehen“) (Snow & Benford, 1988). Anschließend werden die demografische Zusammensetzung der Teilnehmenden und die organisatorische Struktur untersucht. Abschließend werden die weiter reichenden gesellschaftlichen Auswirkungen und die Bedeutung für den demokratischen Diskurs diskutiert.

Pro-demokratische und Anti-AfD-Mobilisierung

Ausmaß, Bedeutung und historischer Kontext. Die pro-demokratische Mobilisierung von 2024–2025 stellt eine der größten und geografisch am weitesten verbreiteten Welle der Massenmobilisierung in der Nachwendzeit Deutschlands dar und übertrifft zentrale Mobilisierungszyklen der Vergangenheit sowohl hinsichtlich der absoluten Anzahl an Teilnehmenden als auch ihres organisatorischen Umfangs (Bitschnau & Koos, 2024).

Der unmittelbare Auslöser der Proteste war eine investigative Recherche von Correctiv vom 10. Januar 2024, in der Details eines Treffens vom 25. November 2023 in Potsdam zwischen AfD-Politiker:innen, Mitgliedern der Identitären Bewegung und anderen rechtsextremen Akteur:innen veröffentlicht wurden, bei dem „Remigrationsszenarien“ einschließlich der möglichen Abschiebung von deutschen Staatsbürger:innen mit Migrationshintergrund diskutiert wurden (Bornmann, 2024). Die Mobilisierung gewann an mehreren kritischen Punkten an Dynamik: bei den Landtagswahlen im Osten im September 2024, im Wahlkampf zur Bundestagswahl Anfang 2025 und in den laufenden Verfassungsdebatten über den rechtlichen Status der AfD.

Chronologie kritischer Ereignisse

- 25. November 2023:** Treffen in Potsdam zwischen AfD-Politiker:innen, identitären Aktivist:innen und anderen rechtsextremen Akteur:innen, bei dem Pläne zur „Remigration“ diskutiert werden (Bornmann, 2024).
- 10. Januar 2024:** Correctiv veröffentlicht einen investigativen Bericht, in dem Details des Treffens enthüllt werden; sofortige Protestaufrufe verbreiten sich über soziale Medien und organisatorische Netzwerke.
- 12.–14. Januar 2024:** Erste Massenkundgebungen in mehreren Städten; laut Polizeischätzungen nehmen etwa 200 000 Menschen an der Demonstration in München teil (tagesschau.de, 2025).
- 20. Januar 2024:** Höhepunkt der Koordinierung mit synchronisierten Aktionen in über 100 Städten in ganz Deutschland, was zur größten Beteiligung an Protesten an einem einzigen Tag in der Geschichte seit der Wiedervereinigung führt.
- September 2024:** Erneute Proteste in Dresden, Erfurt und Potsdam im Zusammenhang mit den Landtagswahlen in Ostdeutschland.

25. Januar 2025: Bundesweite Proteste während des Starts der Bundestagswahlkampagne der AfD.

Juni 2025: Große Protestwelle nach dem Bericht des Verfassungsschutzes, in dem die AfD offiziell als „gesichert rechts-extremistisch“ eingestuft wird (Lüdecke, 2025).

Framing-Prozesse und Narrativkonstruktion. Der dominierende diagnostische Frame stellte die AfD als systemische Bedrohung für die deutsche Verfassung dar und berief sich dabei insbesondere auf das Prinzip der wehrhaften Demokratie, das seit 1949 einen zentralen Platz in der deutschen politischen Kultur einnimmt. Prognostische Frames betonten die Notwendigkeit einer massiven Mobilisierung der Bürger:innen, um Pluralismus, Minderheitenrechte und Rechtsstaatlichkeit gegen autoritäre Übergriffe zu verteidigen. Slogans, wie „Nie wieder ist jetzt“, „Demokratie verteidigen“ und „Brandmauer statt Brandstifter“, verdichteten komplexe politische Forderungen zu historisch resonanten, emotional starken Botschaften, die über traditionelle Parteigrenzen hinweg mobilisieren konnten (deutschlandfunk.de, 2025; Steinhilper & Wienkoop, 2024)

Gegenmobilisierung und konkurrierende Narrative. Vertreter der AfD und ihr nahestehende Medienorganisationen entwickelten systematische Gegenstrategien, mit denen sie die Proteste als von der Elite gesteuerte Bemühungen darstellten, die legitime demokratische Opposition zu delegitimieren. Diese Gegennarrative behaupteten, dass staatlich finanzierte Mechanismen und „linksextreme“ Unterwanderung angeblich demokratischer Proteste im Spiel seien, und stellten die Mobilisierung damit effektiv als antidemokratische Unterdrückung des politischen Pluralismus dar (Matlach & Barth, 2024; Deutscher Bundestag, 2025).

Demografische Daten der Teilnehmenden und Struktur der Koalition. Die vorliegenden Umfrageergebnisse zeigen, dass die Protestteilnehmenden überwiegend aus städtischen Gebieten stammten, über einen hohen Bildungsstand verfügten und politisch eher linksorientiert bis links-liberal waren, was mit den historischen Mustern der pro-demokratischen Mobilisierung in Deutschland übereinstimmt (Bitschnau & Koos, 2024). Das mobilisierende Bündnis war jedoch breit gefächert und umfasste Gewerkschaften, Kirchen, kulturelle Einrichtungen, Berufsverbände und

Basisinitiativen. In den westlichen Bundesländern zog die Mobilisierung eine bemerkenswerte Beteiligung von gemäßigten Konservativen und überparteilichen lokalen Akteur:innen an, was auf einen breiten demokratischen Konsens hindeutet, der über die traditionellen linksliberalen Wählerschaften hinausgeht. In den östlichen Bundesländern blieb die Mobilisierung eher fragmentiert, mit kleineren Menschenmengen, aber höherer symbolischer Bedeutung in AfD-Hochburgen.

Gesellschaftliche Auswirkungen und demokratischer Diskurs. Die Mobilisierung löste eine umfassende gesellschaftliche Debatte über die Grenzen und Pflichten einer wehrhaften Demokratie im heutigen Deutschland aus. Im Mittelpunkt stand die Frage, ob und unter welchen verfassungsrechtlichen und politischen Bedingungen eine demokratisch gewählte Partei verboten werden kann und sollte, wenn sie eine systemische Gefahr für die demokratische Ordnung darstellt. Befürworter stellten die Proteste als Beweis für ein historisches Wiedererwachen der „schweigenden Mehrheit“ Deutschlands zur Verteidigung demokratischer Werte dar. Institutionelle Akteur:innen, von Kommunen bis hin zu Universitäten, diskutierten und überprüften ihre Plattformpolitik für extremistische politische Akteur:innen und versuchten, ein Gleichgewicht zwischen den Grundsätzen der freien Meinungsäußerung und dem Schutz demokratischer Werte herzustellen (Hundt, 2025; Leutheusser-Schnarrenberger, 2024; Lüdecke, 2025; Merkel, 2024; Peters, 2024; Schwarz & Bredler, 2025).

Gaza und pro-palästinensische Proteste (2024–2025)

Kontextueller Rahmen und auslösende Mechanismen. Die pro-palästinensische Protestwelle entstand aus der Gewalteskalation, die auf den Terrorangriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 folgte, mit über 1 200 getöteten Menschen und zahlreichen Entführungen. Israels militärische Gegenoffensive im Gazastreifen führte zu sofortigen Protesten in Berlin, Frankfurt am Main, Hamburg und anderen deutschen Großstädten, verstanden als Solidaritätsbekundungen mit der palästinensischen Zivilbevölkerung (Memarnia & Schleiermacher, 2023). Diese Mobilisierungen fanden in einem stark eingeschränkten rechtlich-normativen Umfeld statt, geprägt durch die Bundestagsresolution von 2019 gegen die BDS-Bewegung und Gerichtsurteile zur öffentlichen Finanzierung (*Deutscher Bundestag*, 2019; *Entscheidung zum BDS-Veranstaltungsverbot der Stadt Bonn*, 2019).

Kommunalbehörden mehrerer Städte verweigerten Veranstaltungsorte und Genehmigungen, was zu strukturellen Spannungen zwischen **Versammlungsrechten und Sicherheitserwägungen** führte.

Chronologie kritischer Ereignisse und Eskalationsmuster

7. Oktober 2023: Angriff der Hamas auf Israel mit über 1200 Opfern; erste spontane Demonstrationen in Berlin, Frankfurt am Main und Hamburg.

Oktober–November 2023: Wöchentliche Demonstrationen in Berlin-Neukölln führen zu mehreren Polizeieinsätzen wegen verbotener Parolen und Symbole, darunter „From the river to the sea“ und Verherrlichung der Aktionen der Hamas (Memar-
nia & Schleiermacher, 2023).

April 2024: Pro-palästinensische Protestcamps werden an der Freien Universität Berlin errichtet und anschließend von der Universitätsverwaltung aufgelöst, nachdem Berichte über antisemitische Belästigungen und Graffiti eingegangen sind.

Juni 2024: Die Universitätsproteste in Berlin eskalieren mit Besetzungen von Gebäuden der Humboldt-Universität (Schleiermacher, 2024).

Oktober 2024: Die Besetzung der Humboldt-Universität wird von den Senatsbehörden nach Eskalation der Störmaßnahmen und Sicherheitsbedenken für jüdische Studierende und Lehrkräfte geräumt.

29. Januar 2025: Der Bundestag verabschiedet eine parteiübergreifende Resolution, in der Antisemitismus und israelfeindliche Agitation in Bildungseinrichtungen verurteilt und die IHRA-Definition von Antisemitismus bekräftigt wird (Hausding, 2025).

15. Mai 2025: Bei Protesten zum Nakba-Tag in Berlin kommt es zu über 50 Festnahmen wegen Verstößen gegen die öffentliche Ordnung, Aufwiegelung und Verwendung verbotener Symbole (Der Spiegel, 2025; Kühn & Fründt, 2025).

Duale Konfliktlinien und strukturelle Polarisierung. Die Proteste im Zusammenhang mit Gaza führten zu zwei unterschiedlichen, aber miteinander verbundenen Konfliktlinien, die das gesamte Mobilisierungsfeld strukturierten. Die erste betraf Demonstrant:innen diverser religiöser und kultureller Hintergründe sowie verschiedene Bürgerrechtsorganisationen, die Vorwürfe wegen systematischer Unterdrückung, willkürlicher Demonstrationsverbote, übermäßiger Polizeigewalt und institutioneller Unterdrückung innerhalb von Universitäten und kulturellen Einrichtungen erhoben (della Porta, 2024; Ozdyk, 2023). Die zweite Konfliktlinie ging unter anderem von jüdischen Organisationen, Gemeindegruppen und Sicherheitsbehörden aus, die eine Zunahme antisemitischer Vorfälle dokumentierten, die in direktem Zusammenhang mit den Protestaktivitäten standen, darunter Belästigungen, Aufwiegelung und Verherrlichung von Gewalt gegen jüdische Studierende und Gemeindemitglieder (Bundesamt für Verfassungsschutz, 2025; Jüdische Studierendenunion Deutschland & American Jewish Committee Berlin, 2025; Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus, 2025).

Framing-Prozesse und Narrativkonstruktionen. Die Organisator:innen der pro-palästinensischen Proteste verwendeten diagnostische Frames, die Israels Militäraktionen als Völkermord, ethnische Säuberung und koloniale Gewalt charakterisierten, und stützten sich dabei auf internationale Rechtsdiskurse und historische Präzedenzfälle, um ihre Forderungen zu legitimieren. Prognostische Frames forderten die sofortige Umsetzung eines Waffenstillstands, die Aussetzung deutscher Waffenexporte nach Israel und umfassende Boykotte akademischer und kultureller Einrichtungen Israels. Bei Protesten auf dem Campus, darunter Zeltlager und Besetzungen von Gebäuden, wurden eine administrative Verurteilung der israelischen Maßnahmen und institutioneller Schutz für pro-palästinensische Äußerungen und Versammlungen gefordert. Diese Mobilisierungen auf dem Campus verbanden die Solidarität mit Gaza ausdrücklich mit breiteren anti-imperialistischen und antirassistischen Kämpfen und positionierten sich

damit innerhalb globaler Solidaritätsbewegungen, die über spezifische Konflikte im Nahen Osten hinausgingen (della Porta, 2024).

Gendarstellungen und Sicherheitsbewertungen. Jüdische Studierendenorganisationen, Politiker:innen und Sicherheitsbehörden entwickelten systematische Gegenstrategien, die dokumentierte Fälle hervorhoben, in denen Solidaritätsproteste in antisemitische Agitation, Verherrlichung von Terrorismus und Einschüchterung von Mitgliedern der jüdischen Gemeinschaft ausarteten. Die Joint Student Union of German Jews (JSUD) und das American Jewish Committee (AJC) dokumentierten im Jahr 2023 151 antisemitische Vorfälle an deutschen Universitäten – siebenmal so viel wie in den Vorjahren (Jüdische Studierendenunion Deutschland & American Jewish Committee Berlin, 2025). Eine Umfrage der Universität Konstanz ergab, dass 68 % der jüdischen Studierenden angaben, aus Sicherheitsgründen während pro-palästinensischer Proteste den Campus zu meiden, was auf erhebliche Auswirkungen auf die Teilnahme jüdischer Studierender am Universitätsleben hindeutet (Hinz et al., 2025).

Demografische Zusammensetzung und organisatorische Ökologie. Die Proteste zogen Teilnehmende aus mehreren, teils überlappenden Gruppen an. Dazu gehörten insbesondere Menschen mit familiären oder kulturellen Bezügen zu Palästina und anderen Ländern des Nahen Ostens, studentische Aktivist:innen aus linken und antiimperialistischen Organisationen sowie verschiedene religiöse und kommunale Initiativen. Einige Quellen, insbesondere Sicherheitsbehörden, verweisen auf punktuelle Überschneidungen mit islamistisch orientierten Gruppierungen (Bundesamt für Verfassungsschutz, 2025); solche Einschätzungen sollten jedoch im Lichte der jeweiligen institutionellen Perspektive betrachtet werden. Zudem zeigen Medienberichte und Beobachtungen, dass die pro-palästinensischen Proteste insbesondere im Jahr 2025 auch breitere gesellschaftliche Gruppen mobilisierten, mit mehreren 10 000 Teilnehmenden, wie unter anderem in Berlin im September 2025. (tagesschau, 2025).

Weiter reichende gesellschaftliche Auswirkungen und demokratischer Diskurs. Die Proteste lösten eine umfassende Debatte über die Grenzen legitimer Meinungsverschiedenheiten, die Definition von Antisemitismus und das Gleichgewicht zwischen Versammlungsfreiheit und dem Schutz gefährdeter Minderheiten aus. Die Spannung zwischen Deutschlands

Erinnerungskultur nach dem Holocaust, in der die Solidarität mit Israel als offizieller Grundpfeiler fungiert, und Kritik an der Kriegsführung der israelischen Regierung sowie zeitgenössischem multikulturellen Pluralismus stellte deutsche Institutionen vor beispiellose Herausforderungen.

Landwirtschafts-Proteste (2023–2025)

Struktureller Kontext und politischer Auslöser. Ausgangspunkt der Protestwelle der deutschen Landwirt:innen war das Zusammentreffen der Verfassungs- und Haushaltskrise nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 15. November 2023, mit dem die Umwidmung von 60 Milliarden Euro aus dem nicht ausgeschöpften „Sonderfonds“ für COVID-19 für andere staatliche Zwecke für ungültig erklärt wurde, was zu einem sofortigen Haushaltsdefizit von 17 Milliarden Euro führte (Bundesverfassungsgericht, 2023). Die Koalitionsregierung unter Olaf Scholz schlug vor, die Dieselsteuervergünstigung für die Landwirtschaft abzuschaffen und eine Kfz-Steuer für landwirtschaftliche Fahrzeuge einzuführen. Der Deutsche Bauernverband (DBV) verurteilte die vorgeschlagenen Kürzungen umgehend als Symbol für die allgemeine Vernachlässigung der Interessen des ländlichen Raums durch die Regierung und warnte vor einem beschleunigten strukturellen Rückgang der heimischen Lebensmittelproduktionskapazitäten (Deutscher Bauernverband, 2023). Die Ankündigung löste langjährige Beschwerden über die Belastung durch Umweltvorschriften, den Marktdruck durch internationale Konkurrenz mit niedrigeren Standards und die wahrgenommene Dominanz der Städte in politischen Entscheidungsprozessen aus.

Chronologie kritischer Ereignisse und politische Ergebnisse

- 15. November 2023:** Ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts verursacht ein Haushaltsloch von 17 Milliarden Euro, das eine sofortige Haushaltskonsolidierung erforderlich macht.
- 18. Dezember 2023:** Die Regierung kündigt die Abschaffung der Dieselsubventionen und die Einführung einer Kfz-Steuer an; der DBV verurteilt dies umgehend und ruft zu einer landesweiten Koordinierung von Protesten auf.

8. Januar 2024: Landesweite „Aktionswoche“ mit Tausenden Traktoren.

11. Januar 2024: Konfrontation, als Demonstrierende die Fähre von Landwirtschaftsminister Habeck entern.

15. Januar 2024: Die Regierung kündigt eine schrittweise Reduzierung der Dieselsubventionen über drei Jahre statt einer sofortigen Abschaffung an.

Februar–März 2024: Regionale Traktorkonvois und Solidaritätsaktionen mit europäischen Bauernbewegungen.

Sommer 2024: Der Schwerpunkt der Proteste verlagert sich auf die Umweltbedingungen der EU-AGL; die strategische Abstimmung mit französischen, niederländischen und polnischen Agraraktionen erzeugt europaweiten Druck für eine Politikreform.

Ende 2024–2025: Anhaltende Protestaktionen im Zusammenhang mit Agrarpolitik und dem Wahlkampf.

Diagnostische und prognostische Framing-Prozesse. Die diagnostischen Frames der Landwirte konzentrierten sich auf wirtschaftliche Existenzbedrohungen für Familienbetriebe, die Nachhaltigkeit der ländlichen Lebensgrundlagen und nationale Ernährungssicherheit in einem zunehmend unsicheren internationalen Umfeld. Slogans wie „Ohne uns wird's still auf dem Land“ und „Bauern brauchen Diesel“ fassten diese komplexen wirtschaftlichen Argumente in medienwirksame Botschaften zusammen (Maurin, 2023). Die prognostischen Rahmenbedingungen forderten die vollständige Beibehaltung der Dieselsubventionen, eine dauerhafte Befreiung von der Kfz-Steuer und eine umfassendere Deregulierung der Umweltvorschriften, die von den Landwirten als bürokratische Schikane angesehen wurden, die die Produktionskapazität untergräbt. Während die Führung des DBV versuchte, den Fokus auf sektorale wirtschaftliche Forderungen zu legen, gelang es radikaleren Protestakteur:innen, die Demonstrationen mit einer breiteren Anti-„Ampel“-Koalitionsstimmung zu verbinden (Deutscher Bauernverband, 2024; Maurin, 2024).

Gegennarrative und Sicherheitsüberwachung. Regierungsvertreter, insbesondere Landwirtschaftsminister Cem Özdemir (Grüne), erkannten die berechtigten wirtschaftlichen Sorgen der Landwirte an, warnten jedoch gleichzeitig vor einer Instrumentalisierung durch rechtsextreme und staatsfeindliche Akteur:innen, die die Unzufriedenheit in ländlichen Gebieten für weiter gehende politische Zwecke ausnutzen wollen. Das Bundesamt für Verfassungsschutz dokumentierte bei zahlreichen Kundgebungen das Vorhandensein von AfD-Symbolen, Reichsbürger-Flaggen und extremistischer Rhetorik, was den Organisationsmustern früherer Anti-COVID- und Anti-Migrations-Mobilisierungen ähnelte (Gerster, 2024; Knobbe, 2024; Maurin, 2024). Die Führung des DBV wies Behauptungen einer signifikanten Unterwanderung durch Rechtsextreme ausdrücklich zurück, räumte jedoch organisatorische Herausforderungen bei der Kontrolle dezentraler Protestaktivitäten ein. Öffentlichkeitswirksame Konfrontationen, darunter der Vorfall mit Landwirtschaftsminister Habeck im Januar 2024, verstärkten die Wahrnehmung zunehmender Radikalisierung (Süddeutsche Zeitung, 2024).

Demografie der Teilnehmenden und organisatorische Komplexität. Die Proteste spiegelten die Vielfalt der deutschen Landwirtschaft wider. Fickel und Anderl (2024) identifizieren mehrere „Landwirtschaftsstile“: Ertragsoptimierer, Traditionalisten, Innovatoren, Fördermitteloptimierer und Idealisten, jeder mit unterschiedlichen Wirtschaftsmodellen und politischen Präferenzen (Fickel & Anderl, 2024). Eine Umfrage von Kirsch et al. (2025) unter 300 Landwirt:innen ergab, dass die Teilnahme alle Betriebsgrößen umfasste, wobei die tatsächlichen finanziellen Auswirkungen der Dieselsteuer keinen signifikanten Einfluss hatten. Stattdessen korrelierte die Teilnahme mit allgemeineren Missständen: Wahrnehmung von Verwaltungsaufwand, Einkommensunzufriedenheit und Bedenken hinsichtlich der Importkonkurrenz. Die Beteiligung ging über landwirtschaftliche Erzeuger hinaus und umfasste Spediteur:innen, Berufsfischer:innen, Jäger:innen und Handwerker:innen (Kirsch et al., 2025). Matthews (2024) zeigt, dass die Organisationsstruktur kombinierte formelle Koordination durch etablierte Verbände mit dezentraler Koordination über WhatsApp-, Facebook- und Telegram-Netzwerke (Matthews, 2024).

Konflikt zwischen Klimaschutz und Landwirtschaft und die öffentliche Meinung. Die Proteste richteten sich gegen den wahrgenommenen strukturellen Widerspruch zwischen den Erfordernissen der landwirtschaftlichen Produktivität und den umweltpolitischen Zielen und spiegelten damit die allgemeinen Spannungen in Europa hinsichtlich der Umstellung auf nachhaltige Entwicklung und deren Verteilungseffekte wider. Vergleichende Untersuchungen zeigen, wie sich antiumweltpolitische Stimmungen in verschiedenen europäischen Kontexten in den Diskurs der Bauernproteste eingeschlichen haben, oft verflochten mit Euro-Skepsis und Konflikten zwischen ländlicher und städtischer Identität, die über spezifische politische Meinungsverschiedenheiten hinausgehen (Matejak & Mahmutović, 2025). Empirische Studien zur öffentlichen Wahrnehmung belegen eine asymmetrische Toleranz gegenüber disruptiven Protesttaktiken: Während de Kleer et al. (2024) in niederländischen Umfrageexperimenten zeigen, dass die Öffentlichkeit disruptive Taktiken von Landwirt:innen deutlich toleranter bewertet als solche von Klimaaktivist:innen, dokumentieren Motta et al. (2025) und Nagel et al. (2025) ähnliche Muster in der deutschen Medienberichterstattung, wo Landwirt:innen durchweg als „Verteidiger ihrer Existenzgrundlage“ erscheinen (de Kleer et al., 2024; Motta et al., 2025; Nagel et al., 2025).

Europäischer Kontext und transnationale Ausbreitung. Obwohl durch deutsche finanzpolitische Entscheidungen ausgelöst, waren die Proteste Teil einer breiteren europäischen Mobilisierungswelle im Agrarsektor in den Jahren 2023–2024. Parallele Bewegungen umfassten Konflikte um Supermarktpreise und GAP-Reformen in Frankreich (Veitch, 2025); Stickstoffemissionsobergrenzen, die die Lebensfähigkeit landwirtschaftlicher Betriebe in den Niederlanden bedrohten; durch Dürre bedingte Wassernutzungsbeschränkungen in Spanien; die Abschaffung von Einkommensteuerbefreiungen in Italien (Mazzocchi et al., 2024) sowie Forderungen nach einer Beschränkung der ukrainischen Getreideimporte in Polen und Mitteleuropa, die die heimischen Preise unterboten.

Politische und gesellschaftliche Auswirkungen. Zu den politischen Auswirkungen gehörten die schrittweise Abschaffung der Dieselsubventionen über mehrere Jahre (im Vergleich zu einer sofortigen Streichung) und Investitionszusagen für die Infrastruktur und Digitalisierung im ländlichen Raum in Höhe von einer Milliarde Euro über einen Zeitraum von fünf

Jahren. Auf europäischer Ebene trugen die Proteste maßgeblich zu den Anpassungsvorschlägen der Kommission vom März 2024 bei, mit denen bestimmte Umweltbedingungen im Rahmen der GAP-Verordnungen gelockert, die Umsetzung von Emissionsstandards für die Tierhaltung verschoben und zusätzliche Flexibilität bei der Überwachung der Einhaltung von Umweltvorschriften geschaffen wurden (European Commission, 2024).

Politisch wurde die Unzufriedenheit im ländlichen Raum zu einem zentralen Thema im Wahlkampf 2024–2025. Insbesondere in den östlichen Bundesländern, wo die landwirtschaftlichen Gemeinden aufgrund des wirtschaftlichen Wandels nach der Wiedervereinigung und des Bevölkerungsrückgangs mit zusätzlichen strukturellen Herausforderungen konfrontiert waren, versuchte die AfD, aus den Missständen in der Landwirtschaft Kapital zu schlagen. Die traditionellen Parteien sahen sich gezwungen, explizite ländliche Politikprogramme und Zusagen zur Unterstützung der Landwirtschaft zu entwickeln.

Die Bauernproteste verschärften die gesellschaftliche Debatte über die Kluft zwischen Stadt und Land, die Legitimität der Klimapolitik und das angemessene Gleichgewicht zwischen dem Wettbewerbsdruck des Marktes und der strategischen Autonomie der Landwirtschaft in einer Zeit globaler Lieferkettenrisiken und geopolitischer Spannungen. Im politischen Diskurs wurden die Proteste genutzt, um die Vereinbarkeit der Energiewende und des Klimaschutzes mit der Wirtschaftlichkeit kleiner und mittlerer landwirtschaftlicher Betriebe infrage zu stellen.

Fazit

Die Protestaktivitäten in Deutschland waren 2024 und Anfang 2025 durch kurze, aber außergewöhnlich große Mobilisierungswellen gekennzeichnet. Das auffälligste Merkmal war die Konzentration der Beteiligung: 89,9 % der Teilnehmer:innen mobilisierten sich allein im Zeitraum Januar bis Februar 2024, gefolgt von einem starken Rückgang. Dieses Muster zeigt schnelle Intensitätsspitzen, die sich rasch wieder abschwächen.

Die Protestbewegungen stießen auf unterschiedliche Wahrnehmung und Behandlung vonseiten deutscher Institutionen und Öffentlichkeit. Die Proteste für die Demokratie und gegen Rechtsextremismus erhielten institutionelle Legitimation und ermöglichten Massenmobilisierung mit minimaler Repression. Gaza-Proteste wurden durch Überwachung, Verweigerung von Genehmigungen und Räumung von Veranstaltungen systematisch eingeschränkt. Bauernproteste fanden innerhalb etablierter korporatischer Kanäle statt und führten zu Verhandlungslösungen. Ein Vergleich zeigt erhebliche Unterschiede in der Wirkung. Pro-demokratische Proteste erreichten das größte Ausmaß, führten jedoch über symbolische Gesten hinaus zu begrenzten konkreten politischen Veränderungen. Gaza-Proteste lösten eine öffentliche Debatte innerhalb sehr begrenzter Parameter aus, erhöhten die Sichtbarkeit, verstärkten aber auch die Polarisierung. Bauernproteste erzielten die konkretesten Zugeständnisse, darunter schrittweise Anpassungen der Dieselsubventionen und Investitionszusagen in Höhe von einer Milliarde Euro.

Die Protestlandschaft offenbart sowohl das Potenzial als auch die Grenzen des demokratischen Engagements. Die bemerkenswerte Fähigkeit zur schnellen Mobilisierung rund um Verfassungsprinzipien zeugt von der Vitalität der Zivilgesellschaft. Die ebenso schnelle Auflösung verdeutlicht jedoch die anhaltende Herausforderung, krisengetriebene Beteiligung in nachhaltige demokratische Praxis umzusetzen.

Literatur

Bitschnau, M., & Koos, S. (2024). Die schweigende Mehrheit auf der Straße? Ergebnisse einer Befragung von Teilnehmer:innen an den Protesten gegen Rechtsextremismus (Research Report No. 15). Policy Paper. <https://www.econstor.eu/handle/10419/289489>

BMEL. (2023). Den Wandel gestalten! Zusammenfassung zum GAP-Strategieplan 2023 – 2027. Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat. https://www.bmleh.de/SharedDocs/Downloads/DE/_Landwirtschaft/EU-Agrarpolitik-Foerderung/gap-strategieplan-kurzueberblick.pdf?__blob=publicationFile&v=7

Bornmann, M. (2024, January 10). Geheimplan gegen Deutschland. [correctiv.org. https://correctiv.org/aktuelles/neue-rechte/2024/01/10/geheimplan-remigration-vertreibung-afd-rechtsextreme-november-treffen/](https://correctiv.org/aktuelles/neue-rechte/2024/01/10/geheimplan-remigration-vertreibung-afd-rechtsextreme-november-treffen/)

Bundesamt für Verfassungsschutz. (2025). Verfassungsschutzbericht 2024. Bundesamt für Verfassungsschutz. <https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/publikationen/DE/verfassungsschutzberichte/2025-06-10-verfassungsschutzbericht-2024.html>

Bundesverfassungsgericht. (2023, 15). Pressemitteilung Nr. 101/2023 vom 15. November 2023. <https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2023/bvg23-101.html>

DBV. (2023, December 13). Bauernverband lehnt Agrardieselpäne strikt ab. <https://www.bauernverband.de/presse-medien/pressemitteilungen/pressemitteilung/bauernverband-lehnt-agrardieselpaene-strikt-ab>

DBV. (2024, May 1). Pressemitteilung: „Blockaden dieser Art sind ein No-Go“. <https://www.bauernverband.de/presse-medien/pressemitteilungen/pressemitteilung/blockaden-dieser-art-sind-ein-no-go>

de Kleer, D., van Teutem, S., & De Vries, C. (2024). *Public support for pro-climate and counter-climate protests*. OSF. <https://doi.org/10.31219/osf.io/z7uv7>

della Porta, D. (2024). Moral panic and repression: The contentious politics of anti-semitism in germany (version 1.0) [Dataset]. University of Salento. <https://doi.org/10.1285/I20356609V17I2P276>

Der Spiegel. (2025, July 16). Berlin: Ausschreitungen bei Pro-Palästina-Demo – Polizei durchsucht mehrere Wohnungen. Der Spiegel. <https://www.spiegel.de/panorama/justiz/berlin-ausschreitungen-bei-pro-palaestina-demo-polizei-durchsucht-mehrere-wohnungen-a-542c0e2b-7300-4d0e-9436-6737391cb519>

Deutscher Bundestag. (2019, May 17). Bundestag verurteilt BDS-Bewegung. Deutscher Bundestag. <https://www.bundestag.de/webarchiv/textarchiv/2019/kw20-de-bds-642892>

deutschlandfunk.de. (2025, March 10). Proteste in mehreren Städten— "Wir sind die Brandmauer"—Zehntausende Menschen demonstrieren gegen Rechtsextremismus. Die Nachrichten. <https://www.deutschlandfunk.de/wir-sind-die-brandmauer-zehntausende-menschen-demonstrieren-gegen-rechtsextremismus-100.html>

Die Bundeswahlleiterin. (2025). Bundestagswahl 2025, Heft 3: Endgültiges Ergebnisse nach Wahlkreisen (Informationen Der Bundeswahlleiterin). https://www.bundeswahlleiterin.de/info/presse/mitteilungen/bundestagswahl-2025/29_25_endgueltiges-ergebnis.html

Earl, J., Martin, A., McCarthy, J. D., & Soule, S. A. (2004). The use of newspaper data in the study of collective action. *Annual Review of Sociology*, 30(Volume 30, 2004), 65–80. <https://doi.org/10.1146/annurev.soc.30.012703.110603>

- Entscheidung Zum BDS-Veranstaltungsverbot Der Stadt Bonn (September 12, 2019). https://www.justiz.nrw.de/nrwe/ovgs/vg_koeln/j2019/14_K_4610_18_Urteil_20190912.html
- European Commission. (2024). Simplification proposals to reduce administrative burdens * [Text]. European Commission. https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_24_1002
- Fickel, T., & Anderl, F. (2024). Markt, Macht und Affekt: Ein Erklärungsversuch der widersprüchlichen Landwirtschaftsproteste in Deutschland. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 37(2), 174–195. <https://doi.org/10.1515/fjsb-2024-0018>
- GAP-Strategieplan für die Bundesrepublik Deutschland. (2024, October 28). BMEL. <https://www.bmleh.de/DE/themen/landwirtschaft/eu-agrarpolitik-und-foerderung/gap/gap-strategieplan.html>
- Gerster, L. (2024, March 10). Bauernproteste allmählich außer Kontrolle: Gefährlicher Mist. FAZ.NET. <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/bauernproteste-allmaehlich-ausser-kontrolle-gefaehrlicher-mist-19573159.html>
- Hausding, G. (2025, January 29). Deutscher Bundestag—Antisemitismus und Israelfeindlichkeit an Schulen und Hochschulen. Deutscher Bundestag. <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2025/kw05-de-antisemitismus-1035050>
- Hinz, T., Marczuk, A., & Multrus, F. (2025). Antisemitism and Pro-Palestine Protests at German Universities: Survey Results Among Students and University Rectorates. University of Konstanz. <https://doi.org/10.48787/KOPS/352-2-IDVYMSC5QKADM3>
- Hundt, H. (2025, January 14). How Ruhr University is Combatting Right-Wing Extremist Activities | Newsportal—Ruhr-Universität Bochum. <https://news.rub.de/english/2025-01-14-interview-how-ruhr-university-combatting-right-wing-extremist-activities>
- Hutter, S. (2014). Protest Event Analysis and Its Offspring. In D. Della Porta (Ed.), *Methodological Practices in Social Movement Research* (1st ed., pp. 335–367). Oxford University Press/Oxford. <https://doi.org/10.1093/acprof:oso/9780198719571.003.0014>
- Jüdische Studierendenunion Deutschland & American Jewish Committee Berlin. (2025). Lagebericht: Antisemitismus an deutschen Hochschulen [Lagebericht]. AJC Berlin, Lawrence and Lee Ramer Institute for German-Jewish Relations. <https://ajcgermany.org/de/broschueren/jsud-und-ajc-berlin-veroeffentlichen-lagebericht-antisemitismus-deutschen-hochschulen>
- Kirsch, C., Läßle, D., & Arpinon, T. (2025). Farmers protests in germany. Exploring participation and support. <https://doi.org/10.22004/ag.econ.356755>
- Knobbe, M. (2024, January 8). (S+) Meinung: Bauernproteste: Wird die Demokratie gestärkt oder beschädigt? Der Spiegel. <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/bauernproteste-wird-die-demokratie-gestaerkt-oder-beschaedigt-a-d2450498-0567-4bd6-9bec-c81e062cb7fa>
- Koopmans, R., & Rucht, D. (2002). Protest event analysis. *Methods of Social Movement Research*, 16(1), 231–259. https://books.google.com/books?hl=en&lr=&id=Ex-VgY9i53B4C&oi=fnd&pg=PA231&dq=info:fsFRGFcEDysJ:scholar.google.com&ots=VqvAoPHP-M&sig=vV0sZH7LcS3W_nDC9zPRNGDENWY
- Kühn, T., & Fründt, M. (2025, May 15). Nakba-Tag in Berlin: Polizei erdrückt Gedenken. Die Tageszeitung: taz. <https://taz.de/Nakba-Tag-in-Berlin!/6088163/>
- Leutheusser-Schnarrenberger, S. (2024, March 13). AfD-Verbot: Debatte um AfD-Verbot: “Die AfD muss inhaltlich gestellt werden.” Friedrich Naumann Stiftung. <https://www.freiheit.org/de/deutschland/debatte-um-afd-verbot-die-afd-muss-inhaltlich-gestellt-werden>

Lüdecke, R. (2025, May 6). AfD als „gesichert rechtsextremistisch“ eingestuft: Welche Folgen hat das? Amadeu Antonio Stiftung. <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/afd-als-gesichert-rechtsextremistisch-eingestuft-welche-folgen-hat-das-135873/>

Matejak, D., & Mahmutović, M. (2025). “For generations, farmers have preserved the environment, now you are endangering it”: Affective-discursive practices in european farmers’ reaction to climate policy. *Czech Journal of International Relations*, 60(1), Article 1. <https://doi.org/10.32422/cjir.889>

Matlach, L., & Barth, S. (2024). Delegitimisation of the “Demos gegen Rechts” by pro-Russian and far-right actors in Germany. ISD Global. <https://isdgermany.org/delegitimierungsstrategien-rechtsextremer-rechtsaussen-positionierter-und-pro-russischer-akteurinnen/>

Matthews, A. (2024). Farmer protests and the 2024 european parliament elections. *Intereconomics*, 59(2), 83–87. <https://doi.org/10.2478/ie-2024-0018>

Maurin, J. (2023, December 27). Bauernproteste für Agrarsubventionen: Rechtes Ackern für den Agrardiesel. Die Tageszeitung: taz. <https://taz.de/Bauernproteste-fuer-Agrarsubventionen/!5981447/>

Maurin, J. (2024, November 18). Unterwanderung der Bauernproteste: Alles, was rechts ist. Die Tageszeitung: taz. <https://taz.de/Unterwanderung-der-Bauernproteste/!6045310/>

Mazzocchi, G., Vassallo, M., Gabrieli, G., & Henke, R. (2024). ‘No farmers, no food’: A sentiment analysis of the 2024 farmers’ protests in Italy. *Italian Review of Agricultural Economics (REA)*, 79(2), Article 2. <https://doi.org/10.36253/rea-15468>

Memarnia, S., & Schleiermacher, U. (2023, October 15). Nahost-Konflikt in Berlin: Freies Palästina verboten. Die Tageszeitung: taz. <https://taz.de/Nahost-Konflikt-in-Berlin/!5963572/>

Merkel, W. (2024). Die Fallstricke der wehrhaften Demokratie. Verfassungsblog. <https://doi.org/10.59704/ca3e582311a0bba3>

Motta, R., Müller, J., Peuker, B., & Zentgraf, L. L. (2025). Power to the Bauer: Kampf um die Zukunft der Landwirtschaft. *Ruperto Carola*, 26, 32–39. <https://doi.org/10.17885/heipub.ruca.2025.26.25159>

Nagel, M., Gall, A., & Tosun, J. (2025). The “hottest ever january” in germany: farmers’ protests and the discourse on agriculture and food production. *Politics and Governance*, 13(0). <https://doi.org/10.17645/pag.9830>

Ortiz, D., Myers, D., Walls, E., & Diaz, M.-E. (2005). Where do we stand with newspaper data? *Mobilization: An International Quarterly*, 10(3), 397–419. <https://doi.org/10.17813/mai.q.10.3.8360r760k3277t42>

Ozdyk, S. (2023). Key actors of the pro-palestinian demonstrations in Germany as a follow-up of the attack of Hamas on Israel in 2023. Situation analysis. *Reality of Politics*, 26(4), 76–88. <https://czasopisma.marszalek.com.pl/en/10-15804/rop/12093-rop2023406>

Peters, T. B. (2024, December 13). Between scandals, election successes and court judgements – the AfD in 2024. Konrad Adenauer Stiftung. <https://www.kas.de/en/single-title/-/content/between-scandals-election-successes-and-court-judgements-the-afd-in-2024>

RIAS. (2025). Jahresbericht: Antisemitisch Vorfälle in Deutschland 2024 [Jahresbericht]. Bundesverband RIAS e. V. <https://report-antisemitism.de/annuals/>

SAS. (2025, May 28). AfD-Fraktion fragt nach Demonstrationen gegen die AfD. Deutscher Bundestag. <https://www.bundestag.de/presse/hib/kurzmeldungen-1078230>

Schleiermacher, U. (2024, June 3). Uni-Protest in Berlin: Laut für Gaza. Die Tageszeitung: taz. <https://taz.de/Uni-Protest-in-Berlin/!6011763/>

Schwarz, K.-A., & Bredler, E. M. (2025). „Nur die wachsame Demokratie kann eine wehrhafte Demokratie sein“. Verfassungsblog. <https://doi.org/10.59704/c8c29e5b8d104dd4>

Snow, D. A., & Benford, R. D. (1988). Ideology, frame resonance, and participant mobilization. *International Social Movement Research*, 1(1), 197–217.
<https://scholar.google.com/scholar?cluster=12379836127132942046&hl=en&oi=scholar>

Steinhilper, E., & Wienkoop, N.-K. (2024). „Ohne Demokratie ist alles nichts.“ Teilnehmende, Motive und Effekte der Proteste gegen Rechtsextremismus im Juni 2024. FES Analyse.
https://www.academia.edu/126212208/_Ohne_Demokratie_ist_alles_nichts_Teilnehmende_Motive_und_Effekte_der_Proteste_gegen_Rechtsextremismus_im_Juni_2024

Süddeutsche Zeitung. (2024, January 5). Proteste gegen Habeck: Staatsanwaltschaft ermittelt wegen Nötigung. Süddeutsche.de.
<https://www.sueddeutsche.de/politik/habeck-proteste-landwirte-reederei-1.6328649>

tagesschau.de. (2024, September 1). Landtagswahl Sachsen 2024—Ergebnisse und Analyse-daten. tagesschau.de. <https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2024-09-01-LT-DE-SN/>

tagesschau.de. (2025, January 25). Zehntausende demonstrieren auf mehr als 60 Demos gegen Rechtsruck. tagesschau.de.
<https://www.tagesschau.de/inland/demos-gegen-rechtsruck-100.html>

Veitch, A. (2025). Unions out of their league? Ethnographic insights into the 2024 French farmer protests. *The Journal of Peasant Studies*, 52(6), 1365–1383.
<https://doi.org/10.1080/03066150.2025.2457081>

Widmann, T., & Wich, M. (2022). Creating and comparing dictionary, word embedding, and transformer-based models to measure discrete emotions in German political text (SSRN Scholarly Paper No. 4127133). Social Science Research Network. <https://doi.org/10.2139/ssrn.4127133>

Widmann, T. & Wich, M. (2023). Creating and comparing dictionary, word embedding, and transformer-based models to measure discrete emotions in German political text. *Political Analysis*, 31(4), 626–641. <https://doi.org/10.1017/pan.2022.15>